

# TAGBLATT

---

## **Lindenprojekt ist eine Riesenchance**

Wer dem Baurechtsvertrag zum Lindenareal am 5. Juni zustimmt, nimmt eine grosse Chance wahr. Auf die haben Steckborner Behörden jahrelang hingearbeitet. Von Gudrun Enders

28.05.2016, 02.50 Uhr

Steckborn hat fast alles richtig gemacht auf dem Lindenareal. Die Evangelische Kirchgemeinde, die Primarschulgemeinde und auch die Politische Gemeinde legt schon vor Jahren ihre Landreserven zusammen. Dabei herausgekommen ist ein grosser, kompakter Baulandfleck mitten im Städtchen – das Lindenareal, das sie nun für ein genossenschaftliches Projekt nutzen lässt. Längst nicht jede Gemeinde hat in Zeiten, in denen die Preise für Land in Seenähe explodiert sind, eine derart vorausschauende Politik betrieben.

Auch was die Bewohner des Städtchens sich für dieses Areal vorstellen, hat die Stadtbehörde erfragt. Grossmehrheitlich wünschen sich die Steckborner eine alters- und behindertengerechte Bebauung und ein altersdurchmisches Wohnprojekt. Diesem Wunsch ist die Stadt mit dem vorliegenden Projekt nachgekommen. Die Steckborner haben gar einen durchaus mit Kosten verbundenen Architekten-Wettbewerb ermöglicht, um ein hochwertiges Bauprojekt planen zu können. Auch das ist nicht selbstverständlich.

An all diesen Punkten haben selbst die Kritiker nichts auszusetzen. Denn die Ortsparteien von CVP und FDP, die ein Nein zum Baurechtsvertrag an der Urne fordern, wollen das Projekt nicht per se abschliessen. Das sagen sie zumindest. Wer aber einen höheren Baurechtszins fordert, will mehr Geld aus dem Projekt ziehen und bringt die genossenschaftliche Grundkonstruktion inklusive der Subventionen vom Bund zu Fall. Entweder will man Gewinnoptimierung oder man will Genossenschaft. Eine Wohnung in der Woba Linde wird es zur marktüblichen Miete nicht geben. Das ist der Witz an der Sache. Entweder will man Gewinnoptimierung und legt ein Nein zum Baurechtsvertrag in die Urne oder man will Genossenschaft und sagt Ja.

Allerdings setzt die politische Diskussion um den Baurechtsvertrag sehr spät ein. Daran ist der Stadtrat respektive Genossenschaftsvorstand nicht unschuldig. Denn es wurde mit einer Orientierung gut zwei Wochen vor der Abstimmung sehr spät informiert. Das Vorgehen riecht nach mangelndem Demokratieverständnis. Damit wurde das Projekt ohne Not in ein Zwielicht gerückt, das es nicht verdient. Das ist nicht glücklich, ebenso wie die Personalunion von Stadtrat und

Genossenschaftsvorstand. Dass diese Konstellation betriebsblind machen kann, dafür könnte die späte Orientierung als Beweis herhalten.

Dabei hätte der Steckborner Stadtrat so ein Vorgehen nicht nötig. Das hat er mit der sofortigen Öffnung der Genossenschaft und des Vorstands auch demonstriert. Nun können sowohl Kritiker als auch Interessierte Einsitz und Einfluss nehmen und die Genossenschaft und ihre Ausrichtung. Sogar die Statuten lassen sich mit einer Zweidrittelmehrheit ändern.

Insofern werden die Steckborner ihrer demokratischen Mitbestimmung nicht beraubt, wenn sie den Baurechtsvertrag annehmen. Im Gegenteil: Sie sagen Ja zu einer grossen Chance.

[gudrun.enders@thurgauerzeitung.ch](mailto:gudrun.enders@thurgauerzeitung.ch)

---

Copyright © St.Galler Tagblatt. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von St.Galler Tagblatt ist nicht gestattet.